

Tarifabschluss:

Eine Investition in die Zukunft des öffentlichen Dienstes

Ein „Abschluss mit Signalwirkung“, ein „tarifpolitischer Paukenschlag“, „ein erfreuliches Ergebnis, weil es zeigt, dass ein Umdenken bei den Arbeitgebern von Bund und Kommunen stattgefunden hat“ – die Kommentare zum Tarifergebnis im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen waren einhellig wie selten. Doch die scharfen Töne der kommunalen Spitzenverbände ließen nicht lange auf sich warten: Personalabbau, Privatisierung, Gebührenerhöhungen seien jetzt unausweichlich. So weit, so erwartbar.

Aber jenseits alter Reflexe lohnt sich ein genauer Blick. Denn das Tarifergebnis bietet den Kommunen Chancen.

Da sind zunächst die Gehaltserhöhungen von 3,5 Prozent zum 1. März 2012 und jeweils 1,4 Prozent am 1. Januar und 1. August 2013. Diese Steigerung, die sich durch den Basiseffekt („Zinseszins“) auf eine dauerhafte Tabellenerhöhung von 6,42 Prozent summiert, sichert nachhaltig die Reallöhne. Sie ist aber auch ein wichtiges Signal für die Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes gegenüber der Privatwirtschaft. Schon jetzt herrscht Fachkräftemangel bei Ingenieuren und IT-Kräften und scharfer Wettbewerb um Funktionspersonal in Kliniken. Doch längst gibt es auch in anderen Bereichen spürbare Engpässe.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders bedauerlich, dass die kommunalen Arbeitgeber eine soziale Komponente dogmatisch verweigert haben. Ein Mindestbetrag wäre ein wichtiger Beitrag zur sozialen Ge-

rechtigkeit, die Ablehnung durch die Arbeitgeber ist für ver.di und die Beschäftigten gerade in unteren Entgeltgruppen schmerzlich.

Denn der öffentliche Dienst braucht dringend einen Attraktivitätsschub. Hier kommt den Tarifregelungen für die Auszubildenden besondere Bedeutung zu. Die Anhebung der Ausbildungsvergütungen um insgesamt 90 Euro in zwei Stufen ist dafür ebenso wichtig wie die Übernahme der Kosten für Fahrten zu auswärtigen Berufsschulen oberhalb eines Eigenanteils durch die Arbeitgeber. Entscheidender ist aber der Rechtsanspruch für Auszubildende auf Übernahme für ein Jahr bei bedarfsgerechter Ausbildung und der automatischen Entfristung bei Bewährung. Faktisch also eine unbefristete Übernahme, und zwar erstmals für alle Auszubildenden, einschließlich der Krankenpflege. Gerade weil fast ein Fünftel der Beschäftigten bis 2020 altersbedingt ausscheidet, ist dies ein gutes Signal.

Insofern bedeutet das Tarifergebnis für die Kommunen vor allem eines: Es ist eine Investition in die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sowie in den Zusammenhalt des Gemeinwesens.



Frank Bsirske Foto: ver.di

Frank Bsirske

➔ Frank Bsirske (Jg. 1952) ist seit 2001 Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Er ist Mitglied der Grünen und war von 1997 bis 2000 Stadtrat, Personal- und Organisationsdezernat der Landeshauptstadt Hannover.